KOBLENZ
VERBINDET.

Stellungnahme

zum Antrag Nr.

Vorlage: **ST/0135/2023**		Datum: 14.09.2023
Dezernat 1		
Verfasser:	10-Amt für Personal und Organisation	Az.: 10 / Ku.

Betreff:

Stellungnahme zum Antrag der Stadtratsfraktion Die LINKE-PARTEI zum Werberverbot der Bundeswehr an und in städtischen Objekten

Gremienweg:

14.09.2023	Stadtrat	☐ einstimmig	☐ mehrheitl.	☐ ohne BE
		☐ abgelehnt	☐ Kenntnis	☐ abgesetzt
		☐ verwiesen	☐ vertagt	☐ geändert
	TOP öffentlich	☐ Enthaltungen	☐ Gegenstimmen	

Stellungnahme:
Die Bundeswehr ist für die Stadt Koblenz ein wichtiger Kooperationspartner und ist tief verbunden mit der Stadt und ihre Menschen. Die Bundeswehr übernimmt eine tief demokratische Verantwortung in unserem Land und ist als Parlamentsarmee demokratisch legitimiert. Gerade in den durch die Pandemie und andere gesellschaftliche Herausforderungen geprägten vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung zwischen der Bundeswehr am Standort Koblenz und der Stadtverwaltung Koblenz ein wichtiger Faktor für die Bewältigung von Krisen im Sinne der Koblenzer Bürgerinnen und Bürger war und ist.

Koblenz fühlt sich verbunden mit den Soldatinnen, Soldaten und Bundeswehrangehörigen und bekennt sich zur Tradition als Garnisonsstadt. Von zentraler Bedeutung sind dabei das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), das Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr, das Bundeswehrzentralkrankenhaus (BwZk) und das Zentrum für Innere Führung. Die Bundeswehr ist mit rund 8.000 Bediensteten zudem ein zentraler Wirtschaftsfaktor in Koblenz.

Finanzielle Auswirkungen:

Beschlussempfehlung:
Die Verwaltung empfiehlt eine Ablehnung des Antrags.